

28. Kompetenz-Defizite: Narrativ-, Kultur- und Technologiekompetenz-Schwächen als Ursachenkomplexe für die Instabilität der politischen Mitte

Ein *erstes* Kompetenzdefizit war in den vergangenen Jahren die *Narrativ-Schwäche* der Volksparteien. Sie entwickelte sich im Rahmen der allgemeinen Reduktion gesamtgesellschaftlicher Stabilität – und damit auch des Volkspartei-Kern-Narrativs von Kontinuität. Gesellschaft wurde dynamischer, Prozesse disruptiver und volatiler. Die Geltungsdauer „großer Erzählungen“ nahm ab. Spezialisierungsparteien vereinnahmten die Narrative von Umwelt, Technologie und Freiheit. Die Volksparteien versäumten es, Arbeit, Wirtschaft und „normales Leben“ dagegen zu halten.

Diese Narrativ-Schwäche hatte besonders weit verzweigte Folgen. Sie ging mit einer Entmystifizierung einher. Volksparteien stehen, anders als Aktivismus- oder Ideologieparteien, mit ihrer Existenz für das Weitergebare, das „sozial Tradierbare“ (Johannes Heinrichs). Das ist ihr Mythos. Dazu sind sie im Gegensatz zu Spezialisierungsparteien, die rasch auf neue und kurzfristige Narrativ-Chancen reagieren können, in besonderer Weise auf starke und überdauernde Narrative angewiesen, weil Narrative ebenso wie Mythen Stabilität schaffen. Doch im Zuge eines Säkularismus, der nicht selten den eigenen historischen Kern ignorierte, auf den er aufbaute – nämlich jene christliche Tradition, die zuletzt sogar Vordenker wie Jürgen Habermas rehabilitiert haben²⁵⁴ –, haben die Volksparteien in Europa den Bezug zu ihren geistigen Grundlagen vernachlässigt. Deshalb ging ihnen die Glaubwürdigkeit des Überdauerns aus, die sie von Spezialisierungsparteien positiv unterscheiden.

Einer der vielleicht größten Fehler vor allem der Volksparteien in Deutschland war es in dieser Sichtweise auch, sich zu keiner Leitkultur zu bekennen – und stattdessen so zu tun, als sei Deutschland ein kulturell „neutraler“ Raum, in den sich prinzipiell alle Kulturen hineinstellen können, so wie sie es wollen. Das war ein Liberalismus, der es nach und nach mit Säkularisierung und Entkulturalisierung übertrieb – und den öf-

254 Vgl. Calhoun, Craig, Jackson, Mendieta, Eduardo and Antwerpen, Jonathan (eds.): Habermas and Religion, Cambridge, Polity Press 2013.

fentlichen Raum in der Wahrnehmung des Volkes neutralisierte. Ergebnis war eine Schwammigkeit in Leitmotiven und Überzeugungen, die viele Wähler vertrieb. Die Reaktion: viele Wähler begannen, aus der Mitte zu den Polen abzuwandern. Die Betonung (und oft Übersteigerung) der individuell-„moralischen“ Narrative auf Kosten gemeinschaftlich-„ethischer“ „großer Erzählungen“ einer wünschenswerten Gesellschaft tat ein Übriges.

Als *zweites* Kompetenzdefizit grassierte eine Vernachlässigung eigener politischer und sozialer Kultur. Coronavirus-Krise und veränderte Gesellschaftsformen der Jugend, die sich stärker ins Internet verlagerten, unterminierten den Austausch von Mensch zu Mensch. Das beschädigte nicht nur die Jugendorganisationen der Volksparteien, die in den Hintergrund traten, sondern auch die traditionelle soziale Anziehungskraft von Volkspartei. Es griff den sozialen Habitus an, den das Format Volkspartei braucht, um die Mitglieder in aktiver Gemeinschaft zusammenzubinden. Eben weil diese Mitglieder ein breites Meinungsspektrum repräsentieren, ist es wichtig, dass sie zusammenkommen und sich austauschen. Das war über Jahre nur unzureichend der Fall. Der übersteigerte rhetorische „Wir“-Stil, der diesen Verlust an sozialer Kompetenz kompensieren sollte, erschien den Mitgliedern als das, was er war: eben Kompensation. Statt eingebunden fühlten sich viele von der „Wir“-Rhetorik eher vereinnahmt. Viele Mitglieder verstanden, dass ohne ausreichende Pflege des sozialen Zusammenhalts Ortslosigkeit das Ergebnis ist – und Interessensgemeinschaft zwecks Machterhalt an die Stelle der Kulturfunktion von Volkspartei tritt.

Als *dritten* folgenreichen Kompetenzverlust gab es im Laufe der Merkel-Ära eine fortschreitende Entfremdung zwischen Wirtschaftsstandort und „Volk“. Wie erwähnt kamen Fragen auf, ob die Konzentration einer Volkswirtschaft auf eine Exportwirtschaft nicht ebenso Volkspartei unterminieren kann. Denn eine Exportwirtschaft ist an der ganzen Welt interessiert, vernachlässigt aber tendenziell die eigene Bevölkerung. Sie sieht die Nation hauptsächlich als Standort, nicht aber als „Volk“. Das kann zu einer gewissen Abkopplung der Wirtschaft aus dem Umfeld führen. In den USA hat genau dieser Mechanismus zur Entfremdung zwischen den exportorientierten Globalfirmen der Küsten (*coastlines*) von der Bevölkerung der inneren Landesgebiete (*heartlands*) geführt – mit der Folge der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016.²⁵⁵ Die Frage ist, ob eine bessere Balance zwischen Export- und Binnenwirtschaft das Format Volks-

255 Vgl. Benedikter, Roland: Joe Bidens Amerika. Einführung in ein gespaltenes Land, a.a.O.

partei stärken und Populisten den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Dazu wären allerdings komplexe und langfristige Weichenstellungen in Zusammenarbeit zwischen Politik und Sozialpartnern vorzunehmen.

Vierter Kompetenzverlust: der Aufstieg neuer Technologien, darunter insbesondere Künstlicher Intelligenz (KI) und Blockchain, wurde wie erwähnt verschlafen – und damit der Anschluss an den bevorstehenden nächsten großen technologischen Entwicklungssprung verabsäumt. Das ist ein Problem nicht nur für die Parteien, sondern für den deutschen Sprachraum insgesamt. Technologie war schon bisher eine der großen Zukunftsherausforderungen für die Zukunft von Parteiensystem und Parteien. Sie könnte bei unzureichender Kompetenz sogar zum noch größeren Problem für traditionelle soziale Integrationsmechanismen von Volkspartei werden. KI ermöglicht immer schnellere vorpolitische Entscheidungsprozesse und künftig wohl auch zunehmend Aspekte direkter politischer Entscheidungsfindungen. Sie begünstigt auf mathematischer Grundlage die Kombination automatisierter, linearer, quantitativer und binärlogischer (ja-nein) Entscheidungsfindungen gegenüber mühsamen und zeitaufwändigen Dialog- und Integrationsprozessen. Damit arbeitet sie nach Meinung vieler Experten tendenziell hin auf eine „Algookratie“: eine Herrschaft der Algorithmen, die sich an logischen Probabilitäts- und Mehrheitskriterien orientieren, nicht an sozialen Balance- oder Ausgleichsbemühungen. Algookratie arbeitet damit im Grundansatz gegen das offene demokratische Gespräch, das viel länger braucht als logisches Entscheiden auf Datenbasis.

Das Problem neuer „intelligenter“ Technologien im vorpolitischen – und in den kommenden Jahren sicherlich auch politischen – Feld betrifft deshalb das gesamte demokratische Spektrum und System. Es berührt jedoch insbesondere die großen Volksparteien, die bereits nach innen einen langen Anlaufdialog zwischen vielen verschiedenen Gruppen brauchen, um eine Position dann nach außen zu vertreten. Volksparteien sind demnach doppelt von der KI-Revolution betroffen: erstens als Mitglieder des demokratischen Gesprächs zwischen Parteien und zweitens als Integrationsmotoren in deren Mitte. Die Frage ist weniger, ob Demokratie den Aufstieg Künstlicher Intelligenz – und damit auch die Stärkung der global aufsteigenden Autokratien wie China oder Russland – überleben kann. Die Frage ist vielmehr, ob Volksparteien wie andere Parteien lernen werden, mit ihren Beschleunigungs- und Entdialogisierungs-Wirkungen zu leben, und wenn ja, wie. Die Antwort wird ausschlaggebend sein, um die dialogische Mitte, in der sie angesiedelt sind, zu erhalten.

Möglichkeiten dazu bestehen. Es gilt sie allerdings gezielter und in einer wohlervogen konzertierten Gemeinschaftsstrategie einzusetzen. KI kann

auf staatlicher Ebene bei der Entrümpelung des Gesetzesdschungels helfen und Bürokratie reduzieren. Sie kann, indem sie aus Daten „höhere“ Daten produziert, die Präzisions- und Gendermedizin vorantragen. Sie kann auf parteilicher Ebene zur besseren Organisation, Automatisierung der Informationssammlung und -integration zu Schlüsselthemen sowie zur Mitgliedervernetzung genutzt werden. Blockchain kann im Jahrzehnt bis 2030 zum entscheidenden Instrument der Dezentralisierung und damit zur Bewältigung wachsender individueller Datenmengen bei Aufrechterhaltung der Privatsphäre werden. Sie kann wie erwähnt auf der Grundlage der bereits bestehenden Europäischen Datenschutzrichtlinien ein bedingungsloses Grundeinkommen jedes Bürgers im Internet ermöglichen – und damit für größere Einkommensgerechtigkeit sorgen. Während Kryptowährungen wegen ihres Spekulationscharakters kaum sinnvoll genutzt werden können, sind Regionalwährungen auf Blockchain-Basis zur zusätzlichen Ankurbelung konkreter Wirtschaftskreisläufe jedoch sehr wohl ein Zukunftsinstrument, wie erfolgreiche Beispiele etwa aus Sardinien (Sardex) und anderen Regionen zeigen.²⁵⁶

Wenn Volkspartei frühzeitig und konsequent in diesen Themenbereichen Kompetenz bildet, kann sie die Führungsrolle in Sach- und Innovationsdiskursen zurückgewinnen. Das könnte angesichts der deutlich veralteten Technologie-Diskurse von Themenparteien wie den Grünen (zum Beispiel hinsichtlich Atomenergie) eine Trumpfkarte werden – wie es ehemals in der Zusammenarbeit mit der (inzwischen eher im Abstieg befindlichen) deutschen Autoindustrie der Fall war.

Schließlich *fünftens*: Volkspartei hat – gerade weil sie eine Dialogplattform ist – vom Trend hin zur „Verrechtlichung von Politik“ wenig zu gewinnen. Verrechtlichung von Politik, oft vorangetrieben von ausserparlamentarischen Kräften und privaten Gruppen, dominierte die vergangenen Jahre – auch wegen der notorischen Diskursschwäche der politischen Parteien. Volkspartei braucht demgegenüber die Wiedergewinnung des Primats des politischen Gesprächs gegen die zunehmenden Versuche, eine „Verrechtlichung“ der Politik hin zum „Vorrang des Rechts“ vorzunehmen. Die Verrechtlichung von Politik wird vor allem von außerparlamentarischen Interessensgruppen wie NGOs vorangetrieben. Diese betonen sie meist sloganartig dort, wo es ihnen ins Konzept passt: Die Politik müsse sich „an das Recht halten“. In den vergangenen Jahren hatte man das Gefühl, die Volksparteien unterwarfen sich neben medialer Meinungsho-

256 Vgl. Benedikter, Roland (Hrsg.): Landtagshearing Technologiezukunft Südtirol 2030, a.a.O.

heit und politischer Korrektheit auch diesem „Diktat des Rechts“. Das kam beim Mitte-Wähler eher schlecht an, weil dieser die Politik als die Rechtsgeberin ansieht, die zwar dem Recht zu folgen hat, aber ihm formal vorgeordnet ist und es auch jederzeit ändern kann. Volksparteien müssen das Verhältnis zwischen Politik und Recht wieder auch öffentlich allgemeinverständlicher erklären, um den Eindruck des „gelähmten Staates“ zu vermeiden, der unbeweglich geworden ist, weil er sich selbst Fesseln angelegt hat. Politik muss die Kompetenzzuschreibung wiedergewinnen, Recht zu schaffen, nicht, ihm zu unterliegen.

Alle fünf Kompetenzschwächen wirkten in den vergangenen Jahren zusammen. Narrativ-Schwächen und Vernachlässigung der eigenen politischen Kultur verstärkten sich gegenseitig. Konzentration auf Exportwirtschaft und Technologie-Revolutionen führten gemeinsam zur Deterritorialisierung. Der Trend zur Verrechtlichung von Politik leitete eine Pejorisation politischer Dynamik in den Volksparteien ein. Wer diese fünf Ursachenkomplexe an der Wurzel und vor allem auch in ihrer Interdependenz angeht, kann das Ruder zugunsten der politischen Mitte herumreißen.